Bitte unterschreiben:

„Offener Brief“ wegen Unterstützung des Afghanistan-Krieges

„Jubel über militärische Schauspiele
ist eine Reklame für den nächsten Krieg.
Man drehe diesem Kram den Rücken
oder bekämpfe ihn aktiv. Auch
wohlwollende Zuschauer sind Bestärkung.“
(Kurt Tucholsky, 1927)

An
Herrn Bürgermeister Holger Jerg
Hohenzollernstraße 5
72501 Gammertingen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Jerg,

auf der gesamten Titelseite des „Amtsblatt der Stadt Gammertingen“ Nr. 20 vom 20. Mai 2010 wird ausführlich über einen öffentlichen „Verabschiedungsappell“ in Sigmaringen für 89 Soldatinnen und Soldaten berichtet, die in einen ISAF-Einsatz nach Afghanistan bzw. in einen KFOR-Einsatz in den Kosovo verlegt wurden. „Unter den verabschiedeten Soldaten sind auch 11 Einsatzsoldaten aus der Patenschaftskompanie der Stadt Gammertingen“, ist zu lesen und wie wichtig für die Bundeswehr die breite Unterstützung und Anerkennung ihrer Auslandseinsätze sei. Sie selber werden in einem ebenfalls veröffentlichten Schreiben eines Bundeswehrvertreters gelobt, „mit ihrer Anwesenheit und der Übergabe der Ortsschilder an unsere Einsatzsoldaten einen wesentlichen Beitrag zum gestrigen, gelungenen Verabschiedungsappell beigetragen“ zu haben. Betont wird ebenfalls, dass aus Sicht der Bundeswehr „unsere Patenschaft mit Gammertingen etwas Besonderes ist.“

Wir protestieren gegen die Unterstützung dieses Kriegseinsatzes im Namen der Stadt Gammertingen. Der Krieg in Afghanistan geschieht nicht in unserem Namen! Bundeswehrsoldaten sind nicht in unserem Namen am Hindukusch!

Wir protestieren ebenfalls dagegen, dass das „Amtsblatt der Stadt Gammertingen“ für die propagandistische Unterstützung dieses Kriegseinsatzes benutzt wird.

Krieg löst keine Probleme und ist nie zu rechtfertigen. Doch selbst wenn wir alle ethischen, moralischen oder völkerrechtlichen Einwände einmal außer Betracht lassen, die sich gegen den Krieg in Afghanistan vorbringen lassen, so ist doch die Afghanistan-Mission, gemessen an den einst erklärten Zielen, nicht nur gescheitert, sondern wirkt kontraproduktiv. Das Desaster wird angesichts der verordneten Eskalation des Krieges noch schlimmer werden - auch für die deutschen Soldaten, die in diesen lebensgefährlichen Kriegseinsatz geschickt werden.

Zum Beispiel wird im Friedensgutachten 2010, dem gemeinsamen Jahrbuch der fünf Institute für Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik, über das Ergebnis des Afghanistan-Einsatzes kein Zweifel gelassen: „Die Intervention in Afghanistan geht in ihr neuntes Jahr. Zwar hat US-Präsident Barack Obama angekündigt, im Sommer 2011 mit dem Abzug der Soldaten zu beginnen, doch weder dessen Abschluss noch ein Ende des Krieges sind in Sicht. Trotz massiver Verstärkung der NATO-Truppen hat sich die Sicherheitslage verschlechtert und die afghanische Regierung an Legitimität eingebüßt. Nicht einmal von einer defekten Demokratie kann die Rede sein. Die Korruption ist endemisch, Warlords und Kriegsverbrecher sitzen in der Regierung, die letzten Präsidentschaftswahlen wurden gefälscht und die fremden Truppen werden zunehmend als Besatzer gefürchtet. Die Afghanistanpolitik ist gescheitert.“

Statt der Fortsetzung des Krieges wird es höchste Zeit, endlich die für eine Waffenstillstandslösung in Afghanistan erforderlichen Gespräche und Verhandlungen für eine Friedenslösung und den Abzug der Bundeswehr zu beginnen, bevor weitere Bundeswehrsoldaten sterben müssen. Deshalb ist z.B. der Einsatz der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans zu unterstützen, die sich auf allen ihnen möglichen Ebenen für eine Waffenstillstandslösung für die Provinz Kunduz und darüber hinaus für ganz Afghanistan einsetzen. Weitere vertrauensbildende Maßnahmen, die den Aufbau der Zivilgesellschaft fördern, können sein: polizeiliche Ausbildung, Versöhnungsinstrumente in der Art der vom afrikanischen Kontinent bekannten Wahrheitskommissionen, Zivile Konfliktbearbeitung (ZVK) mit der gleichen vollen finanziellen Ausstattung wie der bisherige Militäreinsatz. Jede zivil-militärische Zusammenarbeit, selbst für eine Übergangszeit, muss aber prinzipiell ausgeschlossen sein. Kunduz zeigt: wo Militär ist, dominiert Militär zum Schaden der Aufbauarbeit am Frieden.

Dem Denken und Handeln in Kriegskategorien setzen wir also ein Denken und Handeln in Friedenskategorien entgegen. Dabei wissen wir den Großteil der deutschen Bevölkerung hinter uns. Von der Stadt Gammertingen erwarten wir, dass sie alle ihre gebotenen Möglichkeiten nutzt, um Frieden mit friedlichen Mitteln fördern zu helfen. Dabei ist uns bewusst, dass Kommunalpolitiker nicht unmittelbar über die Beteiligung an einem Krieg entscheiden. Kommunalpolitik aber kann friedensfördernd wirken und den Widerstand der Bürgerinnen und Bürger gegen die Kriegseinsätze stärken.

Wir fordern von Ihnen bzw. der Stadt Gammertingen

- **die Beendigung der Patenschaft mit der Bundeswehr;**
- **den Verzicht auf propagandistische Werbung für die Bundeswehr und deren Auslandseinsätze im „Amtsblatt der Stadt Gammertingen" sowie im öffentlichen Raum unserer Kommune.**

Stattdessen wünschen wir uns die Unterstützung der Stadt Gammertingen für friedensfördernde Projekte. Zum Beispiel könnte die Stadt Gammertingen Projekte fördern, in denen

- jungen Menschen die Möglichkeit gegeben wird im In- und Ausland Friedensdienste zu machen, um zur Völkerverständigung zwischen Deutschland und anderen Ländern beizutragen;
- Friedensfachkräfte zur zivilen Konfliktberatung im Inland und zum Lernen gewaltfreier Friedensarbeit eingesetzt werden – auch in Schulen und in der Gemeinde;
- Bildungsangebote gemacht werden, durch die Menschen erlernen, eigenverantwortlich Frieden zu schaffen und diesen zu erhalten;
- die Bevölkerung und politische Entscheidungsträger über Aspekte der Friedensarbeit informiert werden;
- die städtischen Kindergärten und die Stadtbibliothek zu Orten für friedenspädagogische Maßnahmen werden.

Des Weiteren würden wir es begrüßen, wenn

- sich Stadtverwaltung und Gemeinderat friedenspädagogische und friedenspolitische Fachberatung holen würden, beispielsweise durch das Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V., das seit über 30 Jahren als bundesweite Fachstelle einschlägig zu den Bereichen Friedenserziehung, Friedensforschung und Friedenssicherung arbeitet;
- Sie sich als Bürgermeister der Stadt Gammertingen den „Mayors for Peace" anschließen, die sich für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen.

Wir laden Gammertinger Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Menschen von außerhalb herzlich zur Unterstützung des „Offenen Briefes" ein.

Weitere Infos und Unterschriftenlisten gibt es im Internet unter www.lebenshaus-alb.de
oder bei: Lebenshaus Schwäbische Alb e.V., Bubenhofenstr. 3, 72501 Gammertingen, Tel. 07574-2862.

Spendenkonto für die Finanzierung dieser Aktion: Lebenshaus Schwäbische Alb e.V., Konto-Nr. 802 333 4800
bei der GLS Gemeinschaftsbank (BLZ 430 609 67). Für Spenden erhalten Sie eine steuerabzugsfähige Bestätigung (bitte Anschrift angeben).

Ich unterstütze den Offenen Brief an Bürgermeister Holger Jerg, Gammertingen, mit meiner Unterschrift

Name, Vorname

evtl. Beruf/Funktion

Straße, PLZ, Wohnort

E-Mail Adresse

☐ weitere Infos erwünscht

Unterschrift

Bitte möglichst rasch senden an: Lebenshaus Schwäbische Alb e.V., Bubenhofenstr. 3, 72501 Gammertingen
oder formlos per E-Mail an: info@lebenshaus-alb.de